

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 30.08.2026

POSITIONSPAPIER:

Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und Naturschutz

Klimaanpassung und Naturschutz gemeinsam, dauerhaft und sozial gerecht finanzieren

Die Folgen des fortschreitenden Klimawandels sind eine enorme Herausforderung für uns als Gesellschaft und unsere Infrastruktur – vor allem die der Kommunen. Hitze, Dürre, Waldbrände, Starkregen, Hoch- und Niedrigwasser treffen Krankenhäuser, Altenheime, Kitas, Parks, die Kanalisation, den Verkehr. Der Klimawandel und seine Folgen gefährden unsere Gesundheit, unsere Wirtschaftskraft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die zentralen Stellschrauben, um auf längere Sicht die negativen Folgen des Klimawandels zu begrenzen, sind die Verringerung der Emissionen und die Elektrifizierung. Jede Tonne CO₂, die wir gar nicht erst freisetzen, hilft uns. Jede Tonne, die wir in die Atmosphäre ausstoßen, wird uns teuer zu stehen kommen.

Zugleich sind die Folgen des Klimawandels schon da – und sie treffen die Menschen regional sehr verschieden. Genau deswegen entstehen die wirksamsten Lösungen zur Anpassung oft vor Ort: in Kommunen, sozialen Einrichtungen, Betrieben und Quartieren. Der Bund muss deshalb gemeinsam mit Ländern und Kommunen handeln können – verlässlich, langfristig und mit einem klaren sozialen Anspruch.

Wir wollen deswegen zwei Dinge: Einerseits braucht es jetzt ein **Sofortprogramm Klimaanpassung und Hitzeschutz**, das schnell umsetzbare Maßnahmen des Bundes zusammenführt, besser aufeinander abstimmt, ergänzt und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstattet. Im Fokus müssen dabei soziale Einrichtungen stehen – Kitas und Kliniken, Heime und Schulen müssen rasch und wirksam vor Hitze geschützt werden. Dazu zählt z. B. das Förderprogramm "Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen" (Anpaso) und das Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ (AuIR). Außerdem befürworten wir ein neues Programm aus Mitteln des Sondervermögens zur energetischen Sanierung von Gebäuden sozialer Dienstleister.

Gleichzeitig brauchen wir dauerhaft die **neue Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und Naturschutz im Grundgesetz**. Wir können die Folgen des Klimawandels nicht mit einzelnen ad-hoc-Projekten bekämpfen. Wir brauchen eine alle Ebenen umfassende Gesamtstrategie, ein festes institutionelles Austauschformat von Bund, Ländern und Kommunen, wo Verantwortung, Geld und Koordination für Klimafragen zusammengeführt werden.

Warum das wichtig und richtig ist:

SIEBEN GRÜNDE FÜR DIE NEUE GEMEINSCHAFTSAUFGABE KLIMAAANPASSUNG UND NATURSCHUTZ

1. Nachhaltige Finanzierung

In den allermeisten Kommunen sind die Kassen knapp, in einigen leer. Weil Klimaanpassung und Naturschutz bisher keine kommunale Pflichtaufgabe sind, müssen Kommunen bei angespannter Haushaltslage an sich notwendige Maßnahmen, auch beim Hitzeschutz, zurückstellen. Der Bund wiederum kann bisher nur sehr begrenzt und nicht dauerhaft finanziell unterstützen. Auch das Geld aus dem Sondervermögen löst das Problem nicht, da der Bund nicht verbindlich festlegen kann, in welchem Umfang und nach welchen Kriterien es für Hitzeschutz und Klimaanpassung eingesetzt wird.

Die Gemeinschaftsaufgabe ermöglicht endlich die Mitfinanzierung durch den Bund. Klug gebaut kann sie auch Bürokratie verringern, indem sie komplexe und umfangreiche Antragsstellungen bei Förderrichtlinien ersetzt und Kosten für Projektträger spart.

2. Klare Zuständigkeiten und überprüfbare Wirkung

Die Kommunen wissen am besten, wo der Schuh drückt. Mit der Gemeinschaftsaufgabe bleiben deswegen die Kommunen zuständig, es gibt keine Aufgabenverlagerung auf den Bund. Der Bund und die Länder setzen gemeinsam die Ziele und Mindeststandards, aber am Ende entscheiden die Kommunen autonom, mit welchen Maßnahmen sie diese vor Ort erreichen. Das verbindet gesamtstaatliche Verantwortung mit kommunaler Selbstverwaltungsautonomie und Ortskenntnis.

Außerdem kann über eine Gemeinschaftsaufgabe ein klares Monitoring und eine Wirkungsprüfung eingeführt werden. So geht das Geld nicht allein an den ersten, der die Hand hebt. Sondern es wird nachvollziehbar, ob wirklich die Hitze gemildert oder die Überflutungsrisiken verringert wurden.

3. Dauerhafte politische Priorität

Ein besserer Schutz vor den Folgen des Klimawandels muss insgesamt zu einem Schwerpunktthema der Politik werden. Andere Länder sind uns hier weit voraus. Die Verankerung im Grundgesetz ist auch Ausdruck davon, dass wir ernst nehmen, wie stark die Menschen in unserem Land betroffen sind. Wir machen Klimaschutz und Klimaanpassung zu einer politischen Verbindlichkeit über Wahlperioden hinweg. Aus der Reaktion auf einzelne Katastrophen wird so eine verlässliche staatliche Vorsorge – mit klaren Standards und dauerhaft tragfähiger Finanzierung.

4. Gleichwertige Lebensverhältnisse statt Klimaanpassung nach Kassenlage

Klimaanpassungsbedarfe sind nicht proportional zur Einwohnerzahl. Dörfer am Fluss, Städte mit dicht bebauten Hitzeinseln oder Regionen mit wiederkehrender Wasserknappheit haben andere Investitionsbedarfe als weniger betroffene Kommunen. Einfach pauschal kommunale Steueranteile zu erhöhen, wird diesen Unterschieden nicht gerecht. Durch eine Gemeinschaftsaufgabe können Mittel nach Risiko, Bedarf, Finanzkraft und erwarteter Wirkung verteilt werden – und Klimaanpassung fällt nicht dort aus, wo sie besonders dringend nötig wäre, aber die kommunale Kasse leider besonders angespannt.

Denn klar ist: Klimafolgen treffen nicht alle gleich, sondern sind besonders bedrohlich für Menschen mit geringem Einkommen, Mieterinnen und Mieter, Ältere, Kinder und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Gemeinsame Finanzierung ist deshalb auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

5. Gesundheit vorsorgend schützen

Die Zahl der Hitzetoten in Deutschland wurde erneut nach oben korrigiert. Hitzewellen setzen Krankenhäuser, Pflege, Rettungsdienste und soziale Einrichtungen unter Druck. Extremwetter gefährdet zudem Versorgung, Verkehr und kritische Infrastruktur. Wer heute in Vorsorge investiert – etwa in Hitzeaktionspläne, Klimaanlagen und Beschattung in sozialen Einrichtungen, Stadtgrün, Wassersicherheit, Gebäudesanierung und natürlichen Hochwasserschutz – schützt Leben und verhindert, dass Schäden später noch teurer werden.

6. Investitionen in eine resiliente Wirtschaft und Arbeitsplätze vor Ort

Klimaschutz und Klimaanpassung sind auch entscheidend für den Standort Deutschland. Niedrige Pegelstände können ganze Lieferketten abwürgen, Dürreperioden und Waldbrände ziehen schon jetzt milliarden schwere wirtschaftliche Schäden nach sich. Wir müssen gleichzeitig die Emissionen so schnell es geht auf Null bringen, um den Klimawandel zu bremsen, und ebenso die schon jetzt unvermeidlichen Folgen durch Anpassung abmildern – beispielsweise durch vorausschauendes Wassermanagement und angepasste Transportinfrastruktur.

Nachhaltig gesicherte öffentliche Investitionen in Klimaanpassung geben Kommunen und Unternehmen außerdem Planungssicherheit, stärken Handwerk und Mittelstand und schaffen Nachfrage nach klimafreundlichen Technologien. Sie sichern gute, zukunftsfeste Arbeitsplätze und machen unsere Infrastruktur für alle Nutzerinnen und Nutzer widerstandsfähiger. Nicht zuletzt Klimaanpassung im Arbeitsschutz ist wesentlich, um die Gesundheit, Sicherheit und Produktivität der Beschäftigten zu wahren.

7. Internationale Klimapolitik vorantreiben

Europaweit zählt man bislang mindesten 35.000 Hitzetote im Sommer 2026. Auch der Gletschersturz in Nepal ist nicht getrennt vom fortschreitenden Klimawandel zu betrachten. Die Folgen der Erderwärmung sind grenzüberschreitend. Deswegen dürfen wir bei unserem starken Engagement in der europäischen und der internationalen Klimapolitik nicht nachlassen.